

FAKTEN AKTUELL der FDP-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion wird ab sofort ein neues Informationsangebot für Sie bereitstellen. Dabei handelt es sich um eine knappe Zusammenstellung von Argumenten und Fakten zu wenigen aktuellen Themen, die in der regulären Berichterstattung teilweise überhaupt nicht bzw. nur verkürzt dargestellt werden. Diese Argumente sind für Sie als Serviceangebot konzipiert und wir würden uns freuen, wenn Sie zahlreich darauf zurückgreifen würden. Sie sollen Ihnen je nach Lage aktuell, mindestens jedoch einmal pro Woche zugestellt werden. Natürlich stellt eine solche verkürzte Zusammenfassung keine umfassende Positionsbestimmung der FDP-Bundestagsfraktion dar, dafür nutzen Sie bitte die liberalen Argumente, die Sie auch nach der Überarbeitung der Homepage ab März 2010 auf www.fdp-fraktion.de finden werden.

Anbei finden Sie heute Informationen zu 1. Steueraufkommen im Januar, 2. möglichen Finanzhilfen für Griechenland sowie 3. angeblich unfinanzierbaren Gesundheitsplänen der FDP.

1. Das Bundesfinanzministerium bestätigte am Freitag den 12. Februar 2010 Berichte über einen deutlichen Rückgang (-7,8%) der Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden im Monat Januar 2010. Diese Zahlen könnten in der öffentlichen und medialen Debatte dazu genutzt werden, die Umsetzbarkeit der von der christlich-liberalen Koalition geplanten Steuerreform in Frage zu stellen. Dazu möchten wir Sie auf folgende Fakten hinweisen:
 - Die Entwicklung der Steuereinnahmen allein eines Monats lassen keine Rückschlüsse auf die langfristige Entwicklung der Steuereinnahmen zu.
 - Gerade im Januar gibt es ein stark verfälschtes Bild. Die Zahlen des Vorjahresmonats (01/09) waren vor dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, die aktuellen Zahlen kurz danach. Zwischen den Vergleichszeiträumen 01/09 und 01/10 liegt die Hauptlast der Wirtschaftskrise mit einem Abschwung von 5%.
 - Vergleicht man die aktuellen Zahlen mit den Steuereinnahmen Ende 2009 ergibt sich ein ganz anderes, positiveres Bild. Im Vergleich zu November 2009 sind die Steuereinnahmen sogar um 5,2% gestiegen (von 34,2 Mrd. auf 36. Mrd. Euro).
 - Es handelt sich also um reine „Kaffeersatzleserei“ wenn hier versucht wird, einen Negativtrend zu beschreiben.

2. Die Stabilität des Euro wird durch die finanzielle Schiefelage einiger Mitgliedsländer (v.a. Griechenland) aktuell diskutiert. Hierbei taucht immer wieder die Frage auf, ob und welchem Umgang Deutschland den notleidenden Staaten mit Finanzhilfen unter die Arme greifen sollen. Dazu möchten wir Sie auf die Position der FDP-Bundestagsfraktion hinweisen:
 - Der Euro kann nur stark sein, wenn er stabil ist. Deshalb hat jedes einzelne Mitgliedsland des Euro eine Verantwortung für die eigene Stabilität, die dann auch für den Gesamteuro gilt.
 - Griechenland wäre bei Angabe seiner tatsächlichen volkswirtschaftlichen Daten weder in die europäische Währungsunion aufgenommen worden, noch hätte es aufgenommen werden dürfen.
 - Es geht schon wegen des Stabilitätspaktes nicht darum, Griechenland zu helfen, sondern den deutschen Steuerzahler und die deutsche Wirtschaft zu schützen.
 - Griechenland muss seine Probleme letztlich selber in den Griff bekommen. Nur wenn Griechenland den Beweis eigener erheblicher Anstrengungen antreten kann, darf eine Unterstützung durch die EU-Partner erfolgen.
 - Eine direkte Budgethilfe, die nicht an konkrete Bedingungen geknüpft ist, lehnen wir ab. Es darf keinen „Blankoscheck“ geben, der am Ende keine Verbesserung sondern lediglich eine zeitliche Verzögerung bei den strukturellen Problemen Griechenlands bedeutet.
 - Vom deutschen Steuerzahler ist in diesem Zusammenhang jeder Schaden abzuwenden.

- Wenn geholfen wird, müssen deutsche Unternehmen unterstützt werden, die Inhaber von Forderungen gegenüber Griechenland sind.
 - *Die Stabilität des Euro ist nicht nachhaltig in Gefahr. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel haben sich die Länder der Eurozone bereit erklärt, dem hoch verschuldeten Griechenland notfalls Finanzhilfen zu gewähren, um einen Staatsbankrott zu vermeiden.*
3. In den letzten Tagen kursierten in den Medien Berechnungen, wonach zur Gegenfinanzierung der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 73 Prozent steigen müsse, aufgrund der von der FDP und Bundesgesundheitsminister Rösler vorgeschlagenen Umstellung im Gesundheitssystem. Hierzu einige Argumente:
- Die kursierenden Zahlen zur Höhe des sozialen Ausgleichs sind falsch. Sie dienen nur der Panikmache.
 - Richtig ist, dass für die Umstellung weniger als 10 Milliarden aufgewendet werden müssen, wie es Bundesgesundheitsminister Rösler bereits erklärt hat.
 - Darüber hinaus gehen die kursierenden Berechnungen davon aus, dass die Finanzierung von heute auf morgen vollständig auf ein Prämiensystem umgestellt wird. Das ist definitiv nicht geplant. Der Minister hat stets betont, dass der Übergang in ein solches Finanzierungssystem nur schrittweise erfolgen kann.
 - Die Regierungskommission, die im März ihre Arbeit aufnehmen wird, wird die Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Festlegungen zur künftigen Finanzierung und damit auch die Details des sozialen Ausgleichs beraten. Vorfestlegungen gibt es nicht, daher sind die kursierenden Berechnungen ohne geeignete Datengrundlage.
 - Die Ergebnisse der Regierungskommission gilt es deshalb abzuwarten.